

01.03.2012

Pressemitteilung der DGB Region Südniedersachsen-Harz



## Hat sich Göttingen entschieden? – Zukunft ohne Zukunftsvertrag nicht möglich?

Die DGB Region Südniedersachsen-Harz begrüßt die generelle Einbindung aller GöttingerInnen in politische Entscheidungsprozesse in Bezug auf den Zukunftsvertrag und die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Göttingen. „Es sind zukunftsweisende Schritte, die die Stadt geht, um neue Wege von Mit- und Selbstbestimmung zu bestreiten.“ so Lothar Hanisch DGB Regionsvorsitzender Südniedersachsen-Harz. „Es ist aber verwunderlich, dass nur über konkrete Einkommenserhöhende oder Sparmaßnahmen abgestimmt werden kann. Es wird der Zweite vor dem ersten Schritt getan. Bürgerliche Mitbestimmung wird so zum Feigenblatt vorweggenommener Entscheidungen.“ Hanisch weiter. Die DGB Region Südniedersachsen-Harz fordert die Stadtratsfraktionen und die Stadt auf, den GöttingerInnen ebenso eine Diskussions- und Entscheidungsplattform zu bieten, ob die BürgerInnen der Stadt überhaupt den Zukunftsvertrag haben wollen.

Schon im Jahr 2010 wies der DGB in Veranstaltungen wie „Leere Kassen vor Ort – Wege aus der kommunalen Finanznot in Niedersachsen“ hin, dass es eine strukturelle Unterfinanzierung der niedersächsischen Kommunen gibt, die zu dem Anstieg der Kassenkredite und Schulden führten. „Die Kommunen in Niedersachsen haben volkswirtschaftlich gesehen kein Ausgabenproblem, sondern vor allem ein Einnahmeproblem. Seit vielen Jahren werden den niedersächsischen Kommunen ausreichende finanzielle Mittel zu Erfüllung ihrer Aufgaben vorenthalten.“ so Dipl. Volkswirt und DGB Organisationssekretär Stefke Moldt. „Gerade im Zuge der Krise führten die Steuersenkungen, die der Bund und die Länder beschlossen haben, zu zusätzlichen Belastungen kommunaler Haushalte.“

Die Kommunen erfüllen zahlreiche Aufgaben, die ihnen von Bund und Land zugewiesen werden. Dies hat in den vergangenen Jahren zu steigenden Kosten insbesondere im Bereich von Sozialleistungen geführt. Diese sind sozialpolitisch höchst sinnvoll. Gleichwohl stellen sie eine zunehmende Belastung kommunaler Haushalte dar. Die DGB Region fordert die niedersächsische Landesregierung, aber auch die Bundesregierung auf, dem Prinzip „wer bestellt zahlt die Rechnung“ (Konnextitätsprinzip) endlich vollumfänglich gerecht zu werden.

„Gerade diese steuersenkenden finanzpolitischen Entscheidungen haben zu der finanziellen Notlage der Kommunen geführt. Aus diesem Grund ist es wichtig, diese Notlage nicht nur vernebelt als Sach- und Sparzwänge darzustellen, wie es derzeit die Kommunale Politik tut, sondern politisch für eine Stärkung der kommunalen Einnahmehasis einzutreten.“ fordert Stefke Moldt.

Der DGB hat dazu konkrete Forderungen:

- Eine progressiv ausgestaltete Einkommenssteuer mit einem deutlich höheren Spitzensteuersatz
- eine Erhöhung der Körperschaftssteuer
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- deutlich höhere Erbschaftssteuersätze

das führt aus Sicht des DGBs aus den politisch gewollten Sach- und Sparzwängen.

Zum Abschluss meint Lothar Hanisch: „Es muss politischer Wille sein eine gerechtere Umverteilungspolitik zwischen Bund, Land und Kommunen anzustreben anzustreben. Derzeit ist dieser Wille in der Kommunalpolitik kaum erkennbar, dieses geht zu Lasten der kommunal Beschäftigten und der BürgerInnen in Göttingen. Die Kürzungen kommunaler und sozialer Projekte bedeuten hier einen Verlust an Göttinger Lebensqualität.“

Es gibt zu der oben genannten Veranstaltung eine Informationsbroschüre des DGBs „Leere Kassen vor Ort – Wege aus der kommunalen Finanznot in Niedersachsen“, die sich auch mit der Situation und den Auswirkungen in Göttingen befasst. Die Broschüre ist unter <http://niedersachsen.dgb.de> zu bekommen.

**Kontakt:**

Stefke Moldt  
Gewerkschaftssekretär  
DGB Region Südniedersachsen-Harz  
Weender Landstrasse 6  
37073 Göttingen  
Tel.: 0551 37075583